

**Dr. Anno Borkowsky**

**Vorsitzender des Verbandes der Chemischen Industrie e.V.,**

**Landesverband Baden-Württemberg**

**Dienstag, 16. Februar 2016, 10:00 Uhr | Es gilt das gesprochene Wort.**

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Herr Mayer ausführte, hat die chemische Industrie in Baden-Württemberg kein schlechtes Jahr hinter sich. Einem Großteil unserer Unternehmen geht es durchaus gut. Das liegt zum Teil an der Weltwirtschaft, zum Teil auch an den noch grundsätzlich guten Rahmenbedingungen für unsere Industrie in Deutschland.

Damit wir weiter am Standort Deutschland wirtschaftlich und wettbewerbsfähig arbeiten können, sind allerdings einige wichtige Leitlinien auch in Zukunft zu beachten. Und diese Leitlinien werden von der Politik gesetzt.

### **Innovationsförderung**

Die Chemie ist „der“ Innovationsmotor der deutschen Wirtschaft. Innovationen unserer Industrie ermöglichen qualitatives Wachstum. Um auch in Zukunft führend bei Innovationen zu sein, müssen Hemmnisse abgebaut und stattdessen Innovation sinnvoll gefördert werden.

So kann das deutsche Steuerrecht Innovationen besser unterstützen: Deshalb sollten steuerliche Verlustvorträge für Start-ups zeitlich und in der Höhe unbeschränkt ermöglicht, Regelungen für Wagniskapital optimiert und jene Vorschriften zu Funktionsverlagerungen abgeschafft werden, die Forschung und Entwicklung hemmen. Eine steuerliche Forschungsförderung ist überfällig. Viele andere Länder haben dieses Instrument zur Stärkung der Innovationskraft der Wirtschaft erfolgreich eingeführt.

## **Energiepolitik**

Das verarbeitende Gewerbe und besonders unsere Branche stehen im internationalen Wettbewerb. Nicht nur die Unternehmen mit ihren Produkten, sondern ganze Standorte werden mit ihren spezifischen Rahmenbedingungen heute global verglichen. Politische Entscheidungen haben so erheblichen Einfluss auf die Attraktivität für Investitionen in Anlagen oder auch Forschung und Entwicklung. Im Industrieland Deutschland ist die Energiepolitik ein wesentlicher Standortfaktor.

Die Energiewende bleibt für die chemische Industrie eine wirtschaftliche Herausforderung: Energiekosten sind ein wichtiger Faktor beim Wettbewerb der globalen Standorte. Sie entscheiden heute mehr denn je darüber, wo in Anlagen investiert wird: Hier oder im Ausland. In die USA fließen immer mehr Investitionen unserer Branche: Zwei von drei Milliarden Euro, die deutsche Chemieunternehmen in den USA 2015 investiert haben, gehen auf das Konto niedriger Energie- und Rohstoffkosten.

## **Strompreise und -versorgung**

Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, muss Strom für die Unternehmen in Deutschland bezahlbar werden. Dank der von der Bundesregierung gewährten Entlastungen in Teilbereichen wurden hier vorerst verlässliche Verhältnisse geschaffen. Dafür muss die Landespolitik sich auch in Zukunft einsetzen!

Die chemische Industrie ist eine der effizientesten Branchen, was den Einsatz von Energie angeht: Wir können tatsächlich eine positive Klimabilanz vorweisen. Von 1990 bis 2013 hat sich die Produktion in unseren Unternehmen um 60 Prozent erhöht. Der Energieverbrauch ist dabei absolut um 20 Prozent gesunken. Und die Treibhausgase, die wir emittieren, haben wir sogar um fast die Hälfte in diesem Zeitraum verringert.

## **Energieeffizienz und Kraftwärmekopplung**

Die Erfolge im Bereich der Energieeffizienz kommen auch durch die Bereitschaft unserer Unternehmen, in eine moderne und zeitgemäße Eigenstromerzeugung zu investieren. Das passiert im Wesentlichen durch hoch moderne Kraftwärmekopplungs-Kraftwerke. Sie sind für ein Industrieunternehmen aus der Chemie ideal: Strom wird parallel mit Wärme und Dampf produziert. All das benötigen wir in unterschiedlicher Intensität in unseren Unternehmen. Und wie Sie wissen – der Wirkungsgrad von Kraft-Wärme-Kopplungs-Anlagen ist hervorragend.

Leider fehlt beim Eigenstrom die notwendige Planungssicherheit über 2017 hinaus. Die Einbeziehung von Eigenstrom in das EEG-Umlagesystem belastet die Stromerzeugungsanlagen und die nachgelagerte Chemieproduktion ganz erheblich. Hierzu brauchen wir dringend ein gemeinsames Vorgehen der Bundesregierung und der Industrie gegenüber Brüssel.

Wir appellieren daher an die Landespolitik, in Berlin und in Brüssel intensiv für diesen Bestandschutz bei eigenerzeugtem Strom einzutreten.

Die Technik der Kraft-Wärme-Kopplung ist ein wesentlicher Bestandteil der Energiewende. Daher sollten alle KWK-Anlagen bei der Förderung gleich behandelt werden – unabhängig davon, ob der Strom für die Eigenversorgung in einem Unternehmen genutzt oder von kommunalen Betreibern ins öffentliche Netz eingespeist wird. Beide Wege leisten einen Beitrag zur Energieeffizienz und damit auch zum Klimaschutz.

## **Kosten der Energiewende**

Auch die übrigen Energiewende-Kosten müssen wir im Auge behalten. Sie treffen unsere globale Wettbewerbsfähigkeit.

Ohne wettbewerbsfähige energieintensive Branchen werden Effizienz und Funktionalität der Wertschöpfungsketten in Deutschland erheblich geschwächt. Brüssel darf uns hier nicht mit dem Pseudo-Argument der Beihilfe im Wettbewerb strangulieren.

Für den durch das EEG voll belasteten Mittelstand, die Mehrheit unserer Unternehmen, gilt gleiches. Sie spüren einen erheblichen Kostendruck. Jede weitere Verteuerung des Produktionsfaktors Strom reduziert auch deren Wettbewerbsfähigkeit. Mittelständische Unternehmen halten Investitionen erkennbar zurück. Denn sie können nicht so leicht im Ausland investieren.

Die erneut gestiegene EEG-Umlage zeigt: Wir müssen ein besseres Finanzierungssystem für die Erneuerbaren und die Energiewende finden. Die Kosten für EEG-Umlage, Netzentgelte, Regelung der Stromnetze, Kapazitätssicherung und prophezeiten Kohleausstieg müssen begrenzt werden. Das wird nicht gelingen, ohne das Finanzierungsmodell der Energiewende zu überdenken. Weitere Kostensteigerungen sind für Verbraucher und Wirtschaft nicht mehr tragbar.

## **Versorgungssicherheit**

Ein weiteres wichtiges Thema ist die sichere Stromversorgung – die wir unbedingt brauchen! Wir können nicht einfach mal eine Produktion abstellen, weil der Strom weg ist. Unsere Prozesse müssen häufig über längere Zeiträume laufen. Insofern: Versorgungssicherheit ist für uns essentiell, wenn wir Standortqualitäten beurteilen.

Daher muss sich die Landespolitik weiterhin für den schnellen und vorrangigen Bau von Stromtrassen aus dem Norden in den industriell sehr stark aufgestellten Süden einsetzen. Diese Leitungen müssen schnell kommen, wenn die Energiewende nicht zu Lasten der Versorgungssicherheit

gehen soll. Denn wenn sie schlechter wird, wird das Industrieland Deutschland und der Industriestandort Baden-Württemberg beschädigt.

## **Freihandel und TTIP**

Ein paar Worte noch zu TTIP: Das Freihandelsabkommen bietet eine historisch einmalige Gelegenheit, Wirtschaftswachstum anzuregen. Das nicht zu nutzen, wäre fahrlässig und dumm. Zwei Beispiele: Unsere Unternehmen würden mit freiem Handel 140 Millionen Euro an Zöllen sparen. Hinzu kommen erhebliche Einsparungen durch weniger Bürokratiekosten.

Die Politik – auf allen Ebenen! – muss das Jahr 2016 dafür nutzen, den innereuropäischen Streit um das Abkommen zu beenden. Wir müssen uns einigen und dann einen guten, für alle Seiten profitablen Abschluss finden!

Grundsätzlich gilt: Die Politik eines stark exportorientierten Landes sollte Rahmenbedingungen schaffen, die seiner Industrie das Bestehen im internationalen Wettbewerb ermöglichen.

Die Instrumente, um diesen Anspruch zu erfüllen: Forschung stärken und eine leistungsfähige Infrastruktur bereitstellen. Hierfür sollte die Expertise der Industrie frühzeitig einbezogen werden.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!